

Unterlagen für Ihre Mitgliedschaft im bdla

Vielen Dank für Ihr Interesse! Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Mitgliedschaft im Bundesverband gleichzeitig die Mitgliedschaft in einem Landesverband erwerben.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie folgende Dokumente zu Ihrer Mitgliedschaft:

- Satzung des bdla-Bundesverbands
- Beitragsordnung des bdla-Bundesverbandes
- Beitragsübersicht Bundesverband
- Mitgliederordnung des bdla-Bundesverbands
- Satzung des Landesverbands Hamburg
- Beitragsordnung des Landesverbands Hamburg
- Aufnahmeordnung des Landesverbands Hamburg
- Berufsgrundsätze des Landesverbands Hamburg

Den Antrag auf Mitgliedschaft senden Sie bitte an den Landesverband Hamburg.

Bitte reichen Sie Ihren Mitgliedsantrag bevorzugt per Mail an bdla-nord@bdla.de ein, vielen Dank!

Haben Sie Fragen zu Ihrer Mitgliedschaft im Landesverband Hamburg?

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
Landesverband Hamburg e.V.
Geschäftsstelle
Friesenweg 20
22763 Hamburg
E-Mail: bdla-nord@bdla.de

Ihr Kontakt zu allgemeinen Fragen der Mitgliedschaft:

Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla
Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, Aufgang A
10179 Berlin
Tel.: 0 30/27 87 15 - 15
Fax: 0 30/27 87 15 - 55
E-Mail: info@bdla.de

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla«, nachfolgend »bdla« genannt.
2. Der bdla hat seinen Sitz in Berlin und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingetragen. Er unterhält an seinem Sitz eine Bundesgeschäftsstelle.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der bdla ist der freiwillige Zusammenschluss von Architekt:innen der Fachrichtung Garten- und/oder Landschaftsarchitektur (nachfolgend »Landschaftsarchitekt:innen« genannt) sowie von Personen, die eine Ausbildung in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur an einer Universität oder Fachhochschule abgeschlossen haben, soweit sie in Deutschland tätig sind oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nach Maßgabe dieser Satzung und der dazu beschlossenen Mitgliederordnung.

Die nachfolgenden personenbezogenen Benennungen beziehen sich auf Personen jeden Geschlechts.

2. Der bdla vertritt die fachlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.
3. Der bdla verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Ziele.

§ 3 Aufgaben

1. Der bdla verfolgt insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Wahrnehmung der berufsständischen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen gegenüber Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und anderen berufsständischen Organisationen;
 - b) Vertretung der fachlichen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen;
 - c) regelmäßige Information der Mitglieder über die wesentlichen und aktuellen berufsständischen Angelegenheiten;
 - d) Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiterbildung der Landschaftsarchitekt:innen, Förderung von Wissenschaft und Technik;
 - e) Vertretung des Berufsstandes der deutschen Landschaftsarchitekt:innen in nationalen und internationalen Organisationen, insbesondere in der International Federation of Landscape Architects (IFLA) und International Federation of Landscape Architects Europe;
 - f) Überprüfung der Einhaltung der Berufsgrundsätze durch seine Mitglieder;
 - g) Übernahme und Vergabe von berufsstandsbezogenen Aufträgen, soweit diese nicht in den Tätigkeitsbereich von Landschaftsarchitekt:innen fallen.
2. Die Organe des bdla können die Wahrnehmung weiterer Aufgaben beschließen.
3. Der bdla kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch an anderen Organisationen und Gesellschaften beteiligen.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der bdla ist ein Wahlbund. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
2. Die Mitgliedschaft kann nach Maßgabe der Mitgliederordnung erworben oder verliehen werden als
 - a) ordentliches Mitglied,
 - b) außerordentliches Mitglied,

c) korrespondierendes Mitglied,

d) Ehrenmitglied.

3. Als ordentliche Mitglieder sind die Personen aufzunehmen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen.

4. Als außerordentliches Mitglied können aufgenommen werden:

a) Personen mit einem Studienabschluss in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die nicht zur Führung der in Absatz 3 genannten Berufsbezeichnung berechtigt sind.

b) Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, sofern sie die Satzung und Berufsgrundsätze des bdla anerkennen und sich an diese halten.

Außerordentliche Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder, sofern in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

5. Als korrespondierende Mitglieder kann das Präsidium solche Personen berufen, die, ohne die Voraussetzungen für eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft zu erfüllen, die Zielsetzungen des bdla aktiv unterstützen. Sie haben die Rechte und Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes mit Ausnahme des Stimmrechtes und des aktiven und passiven Wahlrechtes, soweit in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

6. Die Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag einer Landesgruppe oder des Präsidiums vom Beirat Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um den bdla oder die Interessen der Landschaftsarchitekt:innen in besonderer Weise verdient gemacht haben. Sie stehen einem ordentlichen Mitglied gleich, sind jedoch von der Beitragspflicht befreit.

7. Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt gemäß der Mitgliederordnung des bdla, die Bestandteil der Satzung ist.

8. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder durch Ausschluss des Mitgliedes. Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden; die Erklärung ist schriftlich an die Bundesgeschäftsstelle zu richten und muss spätestens bis zum 30. September des laufenden Kalenderjahres dort eingegangen sein. Der Ausschluss eines Mitgliedes wird durch die Mitgliederordnung geregelt.

9. Als Juniormitglieder können die Landesgruppen nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, nach näherer Maßgabe der Mitgliederordnung aufnehmen.

§ 5 Landesgruppen

1. Die Mitglieder in einem Bundesland bilden eine Landesgruppe; die Mitglieder aus mehreren Bundesländern können sich zu einer Landesgruppe zusammenschließen.

2. Die Mitgliedschaft in der Landesgruppe wird durch die Aufnahme in den bdla erworben; jedes Mitglied gehört der Landesgruppe an, an die der Aufnahmeantrag nach der Mitgliederordnung zu richten ist. Näheres regelt die Mitgliederordnung. Die Beendigung der Mitgliedschaft im bdla hat die Beendigung der Mitgliedschaft in den Landesgruppen zur Folge.

3. Die Satzung einer Landesgruppe darf der Satzung des bdla nicht widersprechen. Die Rechte und Pflichten des Mitgliedes gegenüber dem bdla bleiben durch die Satzungsbestimmungen der Landesgruppe unberührt. Aufstellung und Änderung der Satzung einer Landesgruppe sind der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich mitzuteilen.

4. Die Landesgruppen können eine eigene Rechtsform annehmen.
5. Jede Landesgruppe nimmt in ihrem Bereich neben den Aufgaben des bdla gemäß § 3 die landesspezifischen Belange der Mitglieder, erforderlichenfalls in Abstimmung mit den Organen des bdla, wahr.
6. Jede Landesgruppe ist berechtigt, in Vertretung ihrer Mitglieder Anträge an die Organe des bdla zu stellen.
7. Die Landesgruppen können für ihre Mitglieder Zusatzbeiträge beschließen.
8. Die Niederschriften über die Mitgliederversammlungen der Landesgruppen sind unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle zuzuleiten.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied ist berechtigt, gemäß den jeweils geltenden Teilnahme- und Kostenbestimmungen,
 - a) an den allgemeinen Veranstaltungen des bdla und seiner Landesgruppe teilzunehmen,
 - b) Einrichtungen und Dienstleistungen des bdla und seiner Landesgruppe in Anspruch zu nehmen,
 - c) die regelmäßigen Mitgliederinformationen und die Veröffentlichungen des bdla zu erhalten und zu verwenden,
 - d) Leistungen anderer Organisationen in Anspruch zu nehmen, soweit die Mitgliedschaft des bdla oder seiner Landesgruppe bei diesen Organisationen den Zugang zu diesen Leistungen eröffnet.
2. Die ordentlichen Mitglieder sind berechtigt, die den landesgesetzlichen Bestimmungen bzw. ihrem Ausbildungsstand entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz »bdla« zu führen. Die außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, neben ihrem Ausbildungsstand den Zusatz »im bdla« zu führen.
3. Jedes ordentliche und außerordentliche Mitglied ist berechtigt, über die Bundesgeschäftsstelle Anträge an die nach Maßgabe dieser Satzung zuständigen Organe des bdla zu stellen.
4. Jedes Mitglied ist verpflichtet,
 - a) die Ziele des bdla zu fördern und dem bdla Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung der Ziele notwendig sind,
 - b) die Berufsgrundsätze gemäß der Mitgliederordnung des bdla anzuerkennen und einzuhalten,
 - c) Mitgliedsbeiträge gemäß den Bestimmungen der Beitragsordnung des bdla zu zahlen.

§ 7 Organe und Einrichtungen

1. Organe des bdla sind
 - a) der Beirat,
 - b) das Präsidium.
2. Als Einrichtungen können von dem nach dieser Satzung hierfür zuständigen Organ berufen werden
 - a) Fachsprecher:innen zur Erfüllung der ständigen Aufgaben des bdla für einen Zeitraum von drei Jahren,
 - b) Arbeitskreise zur dauerhaften Bearbeitung grundsätzlicher Aufgaben,
 - c) Arbeitsgruppen zur Behandlung aktueller Fragen.
3. Sämtliche Mitglieder der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie die Fachsprecher:innen sind ehrenamtlich tätig. Sie unterliegen hinsichtlich der Übernahme von Aufträgen im Rahmen ihrer Berufsausübung keinerlei Einschränkungen. Reisekosten und bare Auslagen werden nach der Reisekostenordnung des bdla oder gemäß den Beschlüssen des Beirates erstattet. Die Mitglieder des Präsidiums und die Fachsprecher:innen erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe vom Beirat beschlossen wird.

4. Die Amtszeit eines Mitgliedes eines Organes, Arbeitskreises oder Arbeitsgruppe sowie von Fachsprecher:innen beginnt mit dem Ende der Sitzung, auf der die Wahl oder Berufung erfolgt, frühestens jedoch mit deren Annahme. Sie endet mit Beginn der Amtszeit der gewählten nachfolgenden Person oder durch Rücktritt, Abwahl oder Abberufung.

5. Sonstige Einrichtungen des bdl

a) Mitgliederversammlung:

Diese findet auf Einladung des Präsidiums, gegebenenfalls nach Beschluss des Beirates oder auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder des bdl

b) Bundesgeschäftsstelle:

Diese erledigt unter der Leitung der Bundesgeschäftsführung die laufenden Angelegenheiten nach Anweisung des Präsidiums und auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates.

c) Ombudsperson:

Die Ombudsperson ist eine Einrichtung zur niederschwelligen und informellen Vermittlung bei Konflikten sowohl zwischen Mitgliedern des bdl

d) Schlichtungsausschuss:

Dieser besteht aus dem Justiziar/der Justiziarin des bdl

6. Das Präsidium kann weitere Einrichtungen begründen; soweit die Einrichtung mit laufenden Kosten verbunden ist, bedarf ihre Gründung der Zustimmung des Beirates.

§ 8 Sitzungen und Beschlussfassungen

1. Sitzungen der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen des bdl

2. Soweit in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist, hat jedes stimmberechtigte Mitglied eines Organs oder einer Einrichtung eine Stimme, die nicht übertragbar ist. Jede ordnungsgemäß einberufene Sitzung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit in dieser

Satzung oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts Gegenteiliges geregelt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Stimmzählung unberücksichtigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Sitzungsleitung. Beschlussfassungen erfolgen in offenen Abstimmungen durch Handaufheben, sofern nicht ein Mitglied des Organs geheime Abstimmung beantragt.

3. Personalwahlen finden grundsätzlich in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist, wer die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt (relative Mehrheit). Bei Stimmengleichheit zwischen den Kandidierenden mit der höchsten Stimmenzahl findet zwischen diesen eine Stichwahl statt.

4. Mit Zustimmung und Beteiligung aller Mitglieder eines Organs oder einer Einrichtung können Beschlüsse auch im schriftlichen Verfahren außerhalb einer Sitzung gefasst werden. Das Beschlussergebnis ist den Mitgliedern des Organs oder der Einrichtung anschließend schriftlich mitzuteilen.

§ 9 Beirat

1. Der Beirat besteht aus den Vorsitzenden der Landesgruppen, die sich durch ein Mitglied ihrer Landesgruppe vertreten lassen können, den Mitgliedern des Präsidiums sowie den Fachsprecher:innen.

2. Die Vorsitzenden der Landesgruppen oder ihre Vertreter:innen haben im Beirat je eine Stimme sowie zusätzliche Stimmen, deren Zahl sich nach der Summe aller Mitglieder ihrer Landesorganisation (ohne Juniormitglieder) richtet:

- bis zu 15 Mitglieder 1 Stimme
- bis zu 30 Mitglieder 2 Stimmen
- bis zu 60 Mitglieder 3 Stimmen
- bis zu 90 Mitglieder 4 Stimmen
- bis zu 125 Mitglieder 5 Stimmen
- bis zu 160 Mitglieder 6 Stimmen
- bis zu 200 Mitglieder 7 Stimmen

darüber hinaus für je angefangene 40 Mitglieder 1 Stimme

Die Vorsitzenden der Landesorganisationen oder ihre Vertreter:innen üben ihr Stimmrecht einheitlich im Auftrage der von ihnen vertretenen Mitglieder aus.

3. Die ordentliche Beiratssitzung findet einmal jährlich statt. Auf Beschluss des Präsidiums oder auf Antrag von mindestens einem Viertel der im Beirat vertretenen Stimmen kann eine außerordentliche Beiratssitzung einberufen werden.

4. Die Einladung zur Beiratssitzung soll spätestens acht Wochen vor der Sitzung schriftlich den Beiratsmitgliedern unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung zugesandt werden; maßgebend ist das Datum der Absendung.

Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens sechs Wochen vor der Sitzung bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein; diese unterrichtet unverzüglich den Präsidenten/die Präsidentin über die fristgerecht eingegangenen Anträge.

Später eingehende Anträge zur Tagesordnung können nur noch mit der Zustimmung aller anwesenden Mitglieder der Beiratssitzung zugelassen werden.

5. Aufgaben des Beirats sind

a) Beschlussfassung über den Jahreshaushalt,

- b) Beschlussfassung über die Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- c) Wahl und Abwahl des Vorstandes sowie Entlastung des Vorstandes und der Bundesgeschäftsführung,
- d) Wahl und Abwahl der Fachsprecher:innen sowie der Rechnungsprüfenden,
- e) Beschlussfassungen und Diskussion aufgrund der Jahresberichte des Präsidenten/der Präsidentin, der Bundesgeschäftsführung, der Vorsitzenden der Landesgruppen, der Fachsprecher:innen, der Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie der Rechnungsprüfenden,
- f) Entscheidungen in berufsständischen und berufsfachlichen Grundsatzfragen,
- g) Satzungsänderungen mit der 3/4-Mehrheit der Stimmen,
- h) Erlass und Änderung der Mitgliederordnung, der Beitragsordnung und der Reisekostenordnung,
- i) Ernennung von Ehrenmitgliedern des bdla und seiner Organe.
- j) Entscheidung über die Auflösung des bdla gemäß §11.

§ 10 Präsidium

1. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten/der Präsidentin, einem oder zwei Vizepräsident:innen und dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin (Vorstand im vereinsrechtlichen Sinne) sowie bis zu drei Präsidialbeisitzer:innen. Die Mitglieder des Präsidiums, ausgenommen die Präsidialbeisitzer:innen, sind alleinvertretungsbefugt.
2. Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt drei Jahre; zweimalige Wiederwahl ist möglich. Die Möglichkeit der Wahl oder Berufung in ein anderes Vorstandsamt bleibt unberührt. Die Mitglieder des Vorstandes werden umschichtig gewählt. Wählbar sind nur ordentliche Mitglieder des bdla.
3. Die Präsidialbeisitzer:innen werden vom Präsidenten/von der Präsidentin maximal für die Dauer seiner/ihrer Amtszeit berufen. Sie stehen dem Präsidenten/der Präsidentin für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben zur Verfügung.
4. Der Präsident/die Präsidentin vertritt den bdla gerichtlich und außergerichtlich. Der Präsident/die Präsidentin beruft und leitet die Sitzungen des Präsidiums und der übrigen Organe des bdla, er/sie hat Sitz und Stimme in den Mitgliederversammlungen der Landesgruppen. Der Präsident/die Präsidentin erteilt die Anweisungen an die Bundesgeschäftsstelle in den laufenden Angelegenheiten und wählt die Beisitzer:innen des Schlichtungsausschusses im Falle von Streitigkeiten unter den Mitgliedern des bdla aus. Ist der Präsident/die Präsidentin verhindert, treten an seine/ihre Stelle die Vizepräsident:innen in der Reihenfolge ihrer Amtsdauer, danach der Schatzmeister/die Schatzmeisterin. Für die Verhinderung bedarf es keines Nachweises. Die vorstehenden Regelungen gelten nur im Innenverhältnis und lassen die Alleinvertretungsbefugnis im Rechtsverkehr nach § 10 Ziff. 1 unberührt.
5. Aufgaben des Präsidiums sind
 - a) die Erfüllung der Aufgaben des bdla auf der Grundlage der Satzung, des genehmigten Haushaltsplanes und der Beschlüsse der übrigen Organe des bdla, soweit diese nicht zuständig sind,
 - b) die Vorbereitung der Sitzungen der übrigen Organe des bdla einschließlich der Entgegennahme von Anträgen,
 - c) die Unterstützung und Überwachung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bei Erledigung der laufenden Angelegenheiten sowie der Erlass einer Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsführung, soweit erforderlich,

- d) die Einstellung und Entlassung der Bundesgeschäftsführung sowie des Personals der Bundesgeschäftsstelle,
 - e) Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitskreise und ihrer Vorsitzenden sowie die Bildung der Arbeitsgruppen und die Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitsgruppen und ihrer Vorsitzenden,
 - f) die Prüfung und Durchsetzung der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Fachsprecher:innen, soweit nicht andere Organe des bdla hierfür zuständig sind,
 - g) die Bestellung des Justiziers/der Justiziarin,
 - h) die Vorbereitung des Haushaltsplanes,
 - i) die Entscheidung in dringenden Angelegenheiten und der Einsatz außerplanmäßiger finanzieller Mittel, soweit erforderlich, bis zur Gesamthöhe von 75.000,00 Euro pro Haushaltsjahr,
 - j) die Ausübung des Rügerechtes gegenüber den Mitgliedern und Landesgruppen des bdla bei Verstoß gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung,
 - k) die Entscheidungen über Einsprüche gemäß der Mitgliederordnung,
 - l) die Berufung der korrespondierenden Mitglieder des bdla,
 - m) Verleihung des Deutschen Landschaftsarchitektur-Preises und Berufung des für die Entscheidung über die Preisverleihung zuständigen Preisgerichtes,
 - n) die Vornahme formaler Satzungsänderungen, die - ohne inhaltliche Änderung - zur Anerkennung und Eintragung der von den zuständigen Organen beschlossenen Satzung oder ihrer Änderungen erforderlich sind.
6. Entscheidungen der Organe des bdla, die mit dem geltenden Haushalt nicht in Übereinstimmung stehen, dürfen gegen den Widerspruch des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin (Vetorecht) nicht ausgeführt werden.

§ 11 Auflösung des bdla, Änderungen des Vereinszwecks

1. Über die Auflösung des bdla entscheidet der Beirat auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der ordentlichen Mitglieder an das Präsidium, das den Antrag unverzüglich an die Mitglieder des Beirates weiterleitet. Der Beschluss über die Auflösung bedarf der $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Stimmen aller Beiratsmitglieder.
2. Bei Auflösung des bdla werden die noch unerledigten Angelegenheiten durch das Präsidium abgewickelt. Es kann ein Liquidator/eine Liquidatorin bestellt werden. Über die Verwendung des Vermögens wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen.
3. Für die Beschlussfassung über die Änderung des Vereinszwecks gilt die Regelung in Abs. 1 entsprechend.

§ 12 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde vom Beirat des bdla in seiner Sitzung am 31. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023. Sie tritt, ggf. mit den zur Eintragung noch erforderlich werdenden Änderungen, mit dem Tage ihrer Eintragung in das Vereinsregister in Kraft und ersetzt von diesem Tage an die bisher geltende Satzung.

Beitragsordnung des bdl

1. Festsetzung und Erhebung der Mitgliedsbeiträge

1.1 Die Mitglieder des Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdl (nachfolgend »bdl« genannt) sind verpflichtet, an den bdl Mitgliedsbeiträge gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten. Diese gelten in gleicher Weise für ordentliche wie auch für außerordentliche Mitglieder. Das Recht der Landesgruppen des bdl, zusätzliche Beiträge für ihre Landesgruppe zu erheben, bleibt hiervon unberührt.

1.2 Die jährlich von den Mitgliedern des bdl zu zahlenden Beiträge werden vom Beirat mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen festgesetzt. Soweit der Beirat nichts anderes beschlossen hat, gelten sie ab dem auf die Festsetzung folgenden Kalenderjahr und bleiben bis zu einer Neufestsetzung verbindlich.

1.3 Die Erhebung der Beiträge erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates gemäß den nachfolgenden Bestimmungen.

2. Selbstständige Mitglieder

Der Beitrag für selbstständige Mitglieder errechnet sich aus dem Grundbeitrag und den Zuschlägen für technische Mitarbeiter:innen, die in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, unabhängig davon, ob sie im Bereich der Planung, Bauleitung, Projektsteuerung, Organisation, Beratung, als Sachverständige:r, Gutachter:in, Schriftsteller:in, Journalist:in oder in sonstiger Weise tätig sind.

2.1 Grundbeitrag

Der Grundbeitrag für alle selbstständigen Mitglieder beträgt 600 €.

2.2 Personengesellschaften

Üben mehrere bdl-Mitglieder ihre Tätigkeit in Form einer Personengesellschaft aus, zahlt nur eine Gesellschafterin/ein Gesellschafter 600 €, die weiteren Gesellschafter:innen je 300 €. Für Gesellschafter:innen, die nicht Mitglied des bdl sind, sind Zuschläge wie für technische Mitarbeiter:innen zu entrichten.

2.3 Juristische Personen

Geschäftsführende Personen oder Gesellschafter:innen einer GmbH oder sonstiger juristischer Personen zahlen Beiträge wie selbstständige Mitglieder. Die Vorschriften für Personengesellschaften gelten entsprechend.

2.4 Beitragsermäßigung

Selbstständige Mitglieder mit einem nachgewiesenen Jahresumsatz aus selbstständiger Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur unter 60.000 € zahlen 300 €. Zu Grunde zu legen ist dabei der Umsatz des Vorjahres. Bei Mitgliedern einer Personengesellschaft oder Gesellschafter:innen einer juristischen Person ist der anteilige Umsatz maßgebend. Bei Inanspruchnahme einer Beitragsreduzierung ist ein geeigneter Nachweis über den Jahresumsatz des Vorjahres bis zum 31. März der Bundesgeschäftsstelle zu übermitteln.

2.5 Zuschläge für technische Mitarbeiter:innen

Selbstständige Mitglieder zahlen zuzüglich zum Grundbeitrag einen Zuschlag für technische Mitarbeiter:innen.

Als technische Mitarbeiter:innen gelten die regelmäßig im Büro des Mitglieds tätigen Personen, einschließlich freier Mitarbeiter:innen. Keine technischen Mitarbeiter:innen im Sinne dieser Regelung sind kaufmännische Angestellte, Sekretariatsangestellte, Student:innen, Auszubildende und Praktikant:innen. Soweit eine technische Mitarbeiterin/ein technischer Mitarbeiter Mitglied im bdla ist, steht es dem selbstständigen Mitglied frei, diese Mitarbeiterin/diesen Mitarbeiter in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen. Wählt das selbstständige Mitglied diesen Weg, so entfällt der persönliche Mitgliedsbeitrag des angestellten Mitglieds gemäß Abschnitt 3.

Der Zuschlag bemisst sich pro Arbeitsmonat der technischen Mitarbeiterin/des technischen Mitarbeiters entsprechend 172 Arbeitsstunden einschließlich Urlaub, Erkrankung und Fortbildung.

Der Zuschlag beträgt

bis zu 2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 21,00 €,

bis zu 4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,50 €,

bis zu 6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,00 €,

bis zu 8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 15,00 €,

bis zu 15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 12,00 €,

bis zu 25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 10,00 €,

bis maximal 30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 9 €.

Die technischen Mitarbeiter:innen von Personengesellschaften oder juristischen Personen werden den Gesellschafter:innen oder geschäftsführenden Personen, soweit diese bdla-Mitglieder sind, zugerechnet.

Die Zuschläge werden entsprechend der Größenordnung des Büros für alle technischen Mitarbeiter:innen einheitlich erhoben.

3. Angestellte und beamtete Mitglieder

3.1 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 170 €.

3.2 Angestellte oder beamtete Mitglieder, die neben ihrer Angestellten- oder Beamtentätigkeit eine selbstständige Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur ausüben und hieraus einen Umsatz von mindestens 30.000 € im Kalenderjahr erzielen, sind verpflichtet, Beiträge wie selbstständige Mitglieder gemäß der Ziffer 2 dieser Beitragsordnung zu zahlen. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich anzuzeigen.

3.3 Teilzeit-Mitarbeiter:innen

Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder, die Teilzeit arbeiten (maximal 20 Wochenarbeitsstunden) oder Elternzeit in Anspruch nehmen, oder Arbeitssuchende beträgt 85 €. Dies gilt auch für Neumitglieder.

3.4 Hat sich die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber des angestellten Mitglieds gemäß § 2.5 entschieden, die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen aufzunehmen, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds für den gleichen Zeitraum.

4. Neuaufnahmen

4.1 Der Mitgliedsbeitrag für freischaffende Neumitglieder beträgt 50 % im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren. Dies gilt auch für Mitglieder, die vom Status des beamteten oder angestellten Mitglieds in den Status des selbstständigen Mitglieds wechseln, jedoch nicht für Neumitglieder, die Partner:in/Gesellschafter:in eines bestehenden Mitgliedsbüros werden.

4.2 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 85 € im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren.

4.3. Die Mitglieder zahlen für das Kalenderjahr, in dem sie in den bdla eintreten, den Jahresbeitrag gemäß den vorstehend genannten Vorschriften lediglich anteilig für die vollen Kalendermonate ihrer Mitgliedschaft.

5. Senior:innen

5.1 Der Beitrag für Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben, beträgt 85 €. Diese Regelung gilt ab dem ersten des auf die Beendigung der beruflichen Tätigkeit folgenden Kalendermonats.

5.2 Bestandsschutz

Mitglieder, die am 1.1.2006 das 70. Lebensjahr bereits vollendet haben, bleiben beitragsfrei.

6. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder

Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.

7. Beitragsermittlung

Die selbstständigen Mitglieder sind verpflichtet, gegenüber der Bundesgeschäftsstelle wahrheitsgemäß und vollständig gemäß dem ihnen übersandten Beitragsermittlungsformular über die Berechnungsgrundlagen ihres Beitrags Auskunft zu erteilen, wobei der Beschäftigungsstand des Vorjahres zu Grunde zu legen ist. Dieser ist auf Aufforderung der Bundesgeschäftsstelle nachzuweisen oder glaubhaft zu machen. Die Auskunftserteilung muss spätestens bis zum 15. Januar eines Kalenderjahres erfolgen.

Sofern die Auskunft nicht fristgerecht erteilt wurde oder Zweifel an der Richtigkeit der erteilten Auskunft bestehen, ist der bdla berechtigt, für das Mitglied einen Jahresbeitrag festzusetzen, der die Beitragshöhe des Vorjahres um 10 % übersteigt, ohne Berücksichtigung von Beitragsermäßigungen. Das Recht des bdla zur Festsetzung eines Beitrages, der dem tatsächlichen Beschäftigungsstand oder Mitgliedsstatus entspricht, bleibt hiervon unberührt.

8. Fälligkeit des Beitrages

Die Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des laufenden Kalenderjahres zur Zahlung fällig. Beitragsrückstände sind vom Fälligkeitszeitpunkt an mit 1 % pro Kalendermonat zu verzinsen.

9. Sonderregelungen

Das Präsidium des bdla ist berechtigt, in Härtefällen auf die Beitragserhebung ganz oder teilweise zu verzichten. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. Dazu können die Landesgruppen gehört werden.

Beschlossen vom Beirat des bdla am 15. April 2016 in Eutin, geändert durch den Beirat des bdla am 12. April 2024. Gültig mit Wirkung vom 1. Januar 2025.

Übersicht bdla-Jahresbeiträge

gültig ab 1. Januar 2025

Zusätzlich zu den u.g. Beiträgen sind Landesgruppenbeiträge zu entrichten, deren Höhe bei der jeweiligen Landesgruppengeschäftsstelle erfragt werden kann.

Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des Beitragsjahres zur Zahlung fällig.

Nachweise für Beitragsermäßigungen sind bis zum 31. März des Beitragsjahres einzureichen.

Mitgliedsbeitrag für selbstständige Mitglieder

Grundbeitrag

Büroinhaber:innen, Gesellschafter:innen, Geschäftsführende juristischer Personen	600,00	€
bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 Euro 50 % des Grundbeitrages	300,00	€

Zuschlag* für technische Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen beträgt:

bis zu	2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 21,00	€
bis zu	4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,50	€
bis zu	6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,00	€
bis zu	8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 15,00	€
bis zu	15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 12,00	€
bis zu	25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 10,00	€
bis max.	30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 9,00	€

*Dem selbstständigen Mitglied steht es bei der Berechnung des Zuschlags frei, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen.

Neuaufnahmen

im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren 50% des berechneten Mitgliedsbeitrags
(im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)

Mitgliedsbeitrag für angestellte und beamtete Mitglieder

Jahresbeitrag	170,00	€
im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00	€
Teilzeitbeschäftigte (20 h), Arbeitssuchende, Elternzeit in Anspruch Nehmende	85,00	€

Nimmt die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber ein angestelltes Mitglied in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen auf, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds.	0,00	€
--	------	---

Senior:innen

Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben	85,00	€
--	-------	---

Mitgliederordnung

I. Allgemeines

§ 1 Wahlbund

1. Der »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdl

§ 2 Mitgliedschaft

1. Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen, können nur als ordentliche Mitglieder nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren aufgenommen werden.
2. Über die Möglichkeit der Aufnahme außerordentlicher Mitglieder im Sinne des § 4 Abs. 4 der Satzung entscheidet die Landesgruppe nach eigenem freien Ermessen. Bejahendenfalls regelt sich ihre Aufnahme nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren.
3. Als korrespondierende Mitglieder können vom Präsidium des bdl

II. Aufnahmeverfahren

§ 3 Zuständigkeit

1. Anträge auf Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdl

§ 4 Anträge und Bewerbungsunterlagen

1. Die Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdla bzw. als Juniormitglied in eine bdla-Landesgruppe erfolgt nur auf Antrag. Für die Antragstellung sind die bei der Bundesgeschäftsstelle des bdla erhältlichen Antragsformulare zu verwenden.
2. Dem Antrag auf Aufnahme als ordentliches Mitglied ist der Nachweis der Eintragung in die Architektenliste beizufügen. Dem Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied sind in der Regel folgende Bewerbungsunterlagen beizufügen:
 - Nachweis des abgeschlossenen Studiums,
 - Darstellung und Nachweis der bisher ausgeübten beruflichen Tätigkeiten.
3. Der antragstellenden Person steht es frei, weitere Unterlagen (Pläne, Wettbewerbsarbeiten, Veröffentlichungen, Fachvorträge usw.) einzureichen.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, einen bei ihr eingegangenen Aufnahmeantrag einer antragstellenden Person unverzüglich durch Übersendung einer Fotokopie des ausgefüllten Antragsformulars der Bundesgeschäftsstelle des bdla bekannt zu geben.
5. Die für die Aufnahme zuständige Landesgruppe und das Präsidium des bdla sind berechtigt, weitere Unterlagen der antragstellenden Person anzufordern und ergänzende Auskünfte über die antragstellende Person bei Dritten einzuholen.
6. Die Angaben und Unterlagen der antragstellenden Person und die erteilten Auskünfte sind gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu behandeln.

§ 5 Aufnahmecommission

1. Für die Prüfung des Aufnahmeantrages ist der Aufnahmecommission der zuständigen Landesgruppe zuständig.
2. Der Aufnahmecommission einer Landesgruppe besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern, mindestens jedoch aus drei ordentlichen Mitgliedern.
3. Der Aufnahmecommission prüft den Aufnahmeantrag binnen drei Monaten seit Eingang bei der zuständigen Landesgruppe unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich zu dem Aufnahmeantrag eingegangenen Stellungnahmen.
4. Aufgrund der Prüfung des Aufnahmeantrages spricht der Aufnahmecommission eine der nachfolgenden Empfehlungen aus:
 - a) Aufnahme der antragstellenden Person als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - b) befristete Zurückstellung der Entscheidung über den Aufnahmeantrag bis zu 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Aufnahmeantrages.
5. Der Aufnahmecommission fasst seine Empfehlung mit der einfachen Stimmenmehrheit der Ausschussmitglieder. Die Empfehlung ist schriftlich niederzulegen und unverzüglich der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen.

§ 6 Entscheidung über den Aufnahmeantrag

1. Über den Aufnahmeantrag entscheidet das Präsidium des bdla unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmecommissions.
2. Die Entscheidung über den Aufnahmeantrag ist der antragstellenden Person durch die Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7 Rechtsmittel

1. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann die antragstellende Person Einspruch einlegen.
2. Der Einspruch ist binnen vier Wochen seit Zugang der Mitteilung an die antragstellende Person bei der Bundesgeschäftsstelle des bdla einzureichen und innerhalb der gleichen Frist zu begründen.
3. Über den Einspruch der antragstellenden Person entscheidet das Präsidium nach Anhörung des Vorsitzenden/der Vorsitzenden der zuständigen Landesorganisation und des Vorsitzenden/der Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses. Die Entscheidung des Präsidiums ist der antragstellenden Person schriftlich mitzuteilen.
4. Ein weiteres Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Präsidiums besteht nicht. Die Möglichkeit zur Anrufung der ordentlichen Gerichte durch die antragstellende Person bleibt unberührt.
5. Eine antragstellende Person, deren Aufnahmeantrag abgelehnt wurde, kann vor Ablauf von zwei Jahren seit Mitteilung der ablehnenden Entscheidung keinen neuen Aufnahmeantrag stellen, insbesondere auch nicht bei einer anderen Landesgruppe.

III. Landesgruppenzugehörigkeit

§ 8 Mitgliedschaft in der Landesgruppe

1. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im bdla erwirbt die antragstellende Person gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Landesgruppe, deren Aufnahmeausschuss den Aufnahmeantrag geprüft hat.
2. Verlegt ein Mitglied seinen Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz in den Bereich einer anderen Landesgruppe, so kann es durch schriftlichen Antrag an den Landesgruppenvorsitzenden/die Landesgruppenvorsitzende dieser Landesgruppe die Aufnahme in diese Landesgruppe beantragen, und zwar zusätzlich oder anstelle der bisherigen Landesgruppenzugehörigkeit. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der Landesgruppe. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn nicht schwerwiegende Gründe der Aufnahme entgegenstehen. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Bekanntgabe der dem Antrag stattgebenden Entscheidung an die antragstellende Person. Der/die Vorsitzende der Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle umgehend über die Entscheidung zu informieren.
3. Die Mitgliedschaft eines Mitgliedes in einer Landesgruppe erlischt mit der Beendigung der Mitgliedschaft im bdla oder wenn das Mitglied den Austritt aus der Landesgruppe erklärt und gleichzeitig nachweist, dass es Mitglied in einer anderen Landesgruppe des bdla geworden ist oder seinen Wohn- und Geschäftssitz ins Ausland verlegt hat.

§ 9 Juniormitglieder

1. Die Landesgruppen sind berechtigt, nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen einer der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, als Juniormitglieder aufzunehmen.
2. Juniormitglieder haben das Recht zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und Zusammenkünften der Landesgruppe und zum Bezug der allgemeinen Mitgliederinformationen des bdla. Die Landesgruppen können den Juniormitgliedern Stimmrecht und aktives Wahlrecht einräumen. Weitergehende Mitgliedsrechte, insbesondere das passive Wahlrecht, stehen den Juniormitgliedern nicht zu.
3. Der Status als Juniormitglied erlischt:
 - a) gemäß entsprechendem Beschluss der Landesgruppe,

- b) mit der Entscheidung über den Aufnahmeantrag des Juniormitglieds als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - c) spätestens nach Ablauf von drei Jahren seit erfolgreichem Abschluss eines Studiums der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, sofern das Juniormitglied bis dahin keinen Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt hat, es sei denn, es hat glaubhaft nachgewiesen, dass die Voraussetzungen für eine Eintragung in die Architektenliste ohne eigenes Verschulden noch nicht vorliegen,
 - d) mit der Eintragung in die Architektenliste als Landschaftsarchitekt:in, ohne dass ein Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt wurde.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle unverzüglich über die Aufnahme bzw. das Ausscheiden eines Juniormitglieds zu informieren.
5. Beiträge, die von dem Juniormitglied trotz seines Ausscheidens weiterhin an die Landesgruppe gezahlt wurden, können von diesem nur zurückgefordert werden, wenn es nachweist, dass es die Landesgruppe über sein Ausscheiden unverzüglich informiert hat.

IV. Berufsgrundsätze, Informationspflicht und Haftung der Mitglieder

§ 10 Berufsgrundsätze des bdla

Die Mitglieder des bdla anerkennen mit ihrer Aufnahme in den bdla die nachfolgenden Berufsgrundsätze, zu deren Beachtung sie verpflichtet sind:

1. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben und durch ihr Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, ihren Auftraggeber:innen, den Kolleg:innen, den eigenen Auftragnehmer:innen und Mitarbeiter:innen das Ansehen des Berufs des Landschaftsarchitekten/der Landschaftsarchitektin zu wahren und zu mehren.
2. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, sich laufend weiterzubilden, die fachlichen Kenntnisse, planerischen Fähigkeiten und ihre wirtschaftliche Erfahrung zu erweitern und sich rechtzeitig über die neuesten Regeln der Technik und die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zu informieren.
3. Die Mitglieder des bdla, soweit sie freiberuflich tätig sind, sind verpflichtet, die Interessen ihrer Auftraggeber:innen treuhänderisch wahrzunehmen und zu vertreten. Ihnen ist untersagt, von Unternehmen oder Lieferant:innen Provisionen oder sonstige Zuwendungen oder Vergünstigungen anzunehmen, durch die sie in ihrer Unabhängigkeit und bei der treuhänderischen Wahrnehmung der Interessen ihrer Auftraggeber:innen beeinträchtigt werden könnten. Die gleiche Verpflichtung obliegt den Mitgliedern, die als Mitarbeiter:innen freiberuflich tätiger Kolleg:innen tätig sind.
4. Den Mitgliedern des bdla ist es gestattet, durch Veröffentlichungen in Presse, Funk und Fernsehen sowie insbesondere in Fachzeitschriften und Ausstellungskatalogen über den Inhalt und die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit in sachlicher Weise zu berichten und potentiellen Auftraggeber:innen auf Anforderung Referenzarbeiten vorzulegen. Eine marktschreierische Werbung oder herabsetzende Äußerungen über andere Mitglieder des bdla sind den Mitgliedern untersagt; die Verpflichtung zur kritischen Auseinandersetzung mit planerischen Leistungen Dritter bei der Wahrnehmung beruflicher Aufgaben bleibt selbstverständlich unberührt.
5. Den Mitgliedern des bdla ist es untersagt, sich in laufende Vertragsverhandlungen oder bereits bestehende Vertragsverhältnisse mit Dritten hineinzudrängen, ohne ihrerseits vom Auftraggeber/von der Auftraggeberin zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen aufgefordert zu sein.

6. Ein Mitglied des bdla darf nur an solchen Wettbewerben als Bewerber:in oder Preisrichter:in teilnehmen, bei denen ein lauterer Leistungsvergleich sichergestellt ist und bei denen in ausgewogener Weise den Belangen von Auslobenden sowie Teilnehmenden Rechnung getragen wird.

7. Die Mitglieder des bdla sollen, sofern sie freiberuflich tätig sind, ihre Leistungen auf Grundlage der jeweils zutreffenden Honorarordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung abrechnen.

8. Den Mitgliedern des bdla ist eine eigene gewerbliche Tätigkeit im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus untersagt. Gleiches gilt für eine Beteiligung als Gesellschafter:in, Geschäftsführer:in, Angestellte:r oder freier Mitarbeiter/ freie Mitarbeiterin an einem im Garten- und Landschaftsbau tätigen Unternehmen, das nicht ausschließlich eine Forschungs-, Lehr- oder Planungstätigkeit ausübt.

§ 11 Informationspflicht der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet, Veränderungen, die Einfluss auf ihren Mitgliedsstatus haben, unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle des bdla und ihrer Landesgruppe mitzuteilen.

§ 12 Haftung der Mitglieder

1. Die Mitglieder haften bei ihrer Tätigkeit für Organe, Einrichtungen und die Landesgruppen des bdla gegenüber diesem nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2. Mindestens grob fahrlässig handelt ein Mitglied insbesondere dann, wenn es trotz Abmahnung durch die Organe des bdla ein Verhalten fortsetzt, das gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung des bdla verstößt.

V. Ausschlussverfahren

§ 13 Ausschließungsgründe

Ein Mitglied kann aus dem bdla insbesondere ausgeschlossen werden, wenn es

1. mit der Zahlung eines Betrages in Höhe eines Jahresbeitrages an den bdla oder seine Landesgruppe in Verzug gerät und die Zahlungsrückstände trotz zweimaliger Mahnung und Ankündigung des Ausschlusses nicht vollständig erbracht worden sind,
2. die Berufsgrundsätze des bdla oder seine Pflichten aus der Satzung oder der Mitgliederordnung des bdla erheblich oder wiederholt verletzt,
3. sich grob rücksichtslos über die Rechte und Interessen anderer bdla-Mitglieder hinwegsetzt,
4. dem Ansehen des bdla oder des Berufsstandes in der Öffentlichkeit Schaden zufügt,
5. Umstände bei seiner Aufnahme in den bdla verschwiegen hat, die seiner Aufnahme entgegengestanden hätten,
6. aus der Architektenkammer ausgeschlossen wird.

§ 14 Antrag auf Ausschluss

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt lediglich auf Antrag.
2. Antragsberechtigt sind die Organe und Landesgruppen des bdla sowie jedes bdla-Mitglied.
3. Der Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes ist unter Angabe und Glaubhaftmachung der Gründe an die Bundesgeschäftsstelle des bdla zu richten.
4. Die Bundesgeschäftsstelle übersendet Abschriften des Antrages unverzüglich dem betroffenen Mitglied, dem Präsidium des bdla und der Landesgruppe, der das betroffene Mitglied angehört,

verbunden mit der Aufforderung, innerhalb von vier Wochen zu dem Antrag gegenüber der Bundesgeschäftsstelle schriftlich Stellung zu nehmen.

§ 15 Entscheidung über den Ausschließungsantrag

1. Für die Prüfung des Ausschließungsantrages ist der Aufnahmeyausschuss der Landesgruppe zuständig, der das betroffene Mitglied angehört. Kommen danach mehrere Landesgruppen in Betracht, ist die Landesgruppe zuständig, in deren Bereich die antragstellende Person ihren Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz hat. Sofern nach den vorhergehenden Vorschriften Zweifel an der Zuständigkeit einer Landesgruppe bestehen, wird die zuständige Landesgruppe unter Beachtung der vorstehenden Regelungen durch das Präsidium bestimmt.
2. Über den Ausschließungsantrag des Mitgliedes entscheidet das Präsidium des bdla unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmeyausschusses. Sollte innerhalb von drei Monaten seit Mitteilung des Ausschließungsantrages keine Empfehlung des Aufnahmeyausschusses vorliegen, kann das Präsidium über den Ausschließungsantrag nach eigenem Ermessen entscheiden. Dem betroffenen Mitglied soll vor der Entscheidung Gelegenheit zur persönlichen Anhörung gegeben werden. Die Entscheidung auf Ausschluss bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen des Präsidiums.
3. Die Entscheidung über den Ausschließungsantrag kann lauten auf
 - a) Ausschluss des Mitgliedes,
 - b) befristete Zurückstellung des Ausschließungsantrages bis zur Dauer von 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Ausschließungsantrages.
4. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied, der antragstellenden Person, der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausschluss des Mitgliedes, soweit hierüber bestandskräftig entschieden ist, ist unverzüglich in den nächsten Mitgliederinformationen bekannt zu machen.

§ 16 Rechtsmittel

1. Das betroffene Mitglied kann gegen die Entscheidung, durch die es aus dem bdla ausgeschlossen wird, Einspruch einlegen.
2. Für das Einspruchsverfahren gelten die Vorschriften des § 7 Abs. 2 bis 4 entsprechend.

§ 17 Ausschluss eines Organmitgliedes

1. Richtet sich der Ausschließungsantrag gegen ein amtierendes Mitglied des Präsidiums des bdla oder des Vorstandes einer Landesgruppe, so gelten für die Entscheidung über den Antrag ausschließlich die nachfolgenden Bestimmungen.
2. Der Antrag ist zunächst dem Präsidium und dem Justiziar/der Justiziarin des bdla zur Prüfung der formalen Voraussetzungen vorzulegen. Hält das Präsidium nach Anhörung des Justiziar/der Justiziarin die formalen Voraussetzungen mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen für nicht gegeben, so lehnt es den Antrag ab. Die mit Gründen versehene Entscheidung ist der antragstellenden Person unverzüglich mitzuteilen.
3. Kommt das Präsidium mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen zur Auffassung, dass die formalen Voraussetzungen für einen Ausschließungsantrag gegeben sind, so ist für die Entscheidung über den Ausschließungsantrag ausschließlich der Beirat des bdla zuständig, dessen Mitglieder in diesem Falle unverzüglich über den Antrag zu informieren sind.

4. Der Beirat entscheidet über den Ausschließungsantrag in gemeinsamer Sitzung, bei der der antragstellenden Person und dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur persönlichen Anhörung zu geben sind, innerhalb von drei Monaten seit Eingang des Antrages bei der Bundesgeschäftsstelle. Für die Entscheidung gilt § 15 Abs. 3 entsprechend. Die Entscheidung auf Ausschluss des Mitgliedes bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen.
5. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied und der antragstellenden Person unverzüglich bekannt zu geben. § 15 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
6. Die betroffenen Mitglieder, gegen die sich der Ausschlussantrag richtet, sind bei der Abstimmung ausgeschlossen. Richtet sich ein Ausschließungsantrag mit einheitlicher Begründung gegen mehrere Mitglieder, so sind diese Mitglieder von der Abstimmung ausgeschlossen.
7. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Beirates ist nicht gegeben. § 7 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
8. Der Ausschluss des Mitgliedes gilt gleichzeitig als Abwahl aus dem Organ, dem das Mitglied angehört, ohne dass es noch einer Entscheidung des für die Abwahl zuständigen Organs bedarf.

§ 18 Inkrafttreten

Die vorstehende Mitgliederordnung wurde vom Beirat des bdl a in seiner Sitzung am 15. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023.



Satzung des "Bund Deutscher Landschaftsarchitekten Landesverband Hamburg e.V."

in der Fassung vom 12.06.2023

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "Bund Deutscher Landschaftsarchitekten Landesverband Hamburg e.V." (Abk.: bdla Hamburg). Er hat seinen Sitz in Hamburg und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen.

§ 2 Zweck

1. Der bdla Hamburg ist der freiwillige Zusammenschluss von Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten, Diplom-Ingenieurinnen und Diplom-Ingenieuren sowie Absolventinnen und Absolventen des Bachelor oder Master of Science, Arts oder Engineering der Fachrichtungen Landschaftsarchitektur (Landespflege, Freiraumplanung, Landschaftsplanung, Naturschutz, Grünordnung, etc.) und in diesen Bereichen tätigen Angehörigen anderer Fachdisziplinen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsarchitektur tätig sind.
2. Der bdla Hamburg dient den fachlichen und wirtschaftlichen Belangen seiner Mitglieder.
3. Der bdla Hamburg verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Zwecke.
4. Der bdla Hamburg ist die Landesorganisation des „Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla“ mit Sitz in Berlin (Abk.: bdla Bundesverband).
5. Die nachfolgenden personenbezogenen Benennungen beziehen sich auf Personen aller Geschlechter.

§ 3 Aufgaben

Der bdla Hamburg hat insbesondere folgende berufsständische Aufgaben:

1. Interessenvertretung in Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur sowie bei Körperschaften und Vertretungen anderer Berufe;

2. Wahrnehmung der Interessen im Bereich der Fachrichtungen Landschaftsarchitektur im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder;
3. a) Mitwirkung bei der Entwicklung von gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder entsprechend § 3.2;
b) Mitwirkung bei der Raum-, Stadt- und Bauplanung;
4. Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiterbildung, Förderung der Integration des Berufsnachwuchses und Förderung der Wissenschaft und der Fachliteratur;
5. Zusammenarbeit mit dem bdla Bundesverband und anderen nationalen und internationalen Organisationen;
6. Information der Mitglieder über berufsständische Angelegenheiten.

Die Wahrnehmung weiterer Aufgaben kann von der Mitgliederversammlung des bdla Hamburg beschlossen werden.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der bdla Hamburg ist ein Wahlbund. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
2. Die Mitgliedschaft kann erworben oder verliehen werden als
 - a) ordentliches Mitglied,
 - b) außerordentliches Mitglied,
 - c) korrespondierendes Mitglied,
 - d) Ehrenmitglied,
 - e) Juniormitglied.
3. Ordentliche Mitglieder sind solche Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Garten- und Landschaftsarchitekt“ oder „Landschaftsarchitekt“ zu führen.
4. Als außerordentliche Mitglieder können aufgenommen werden
 - a) Diplom-Ingenieure sowie Absolventen des Bachelor oder Master of Science, Arts oder Engineering einer Fachrichtung der Landschaftsarchitektur, die nicht zur Führung der in § 4 Abs. 3 genannten Berufsbezeichnung berechtigt sind,
 - b) Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsarchitektur tätig sind, sofern sie die Satzung und Berufsgrundsätze des bdla Bundesverbandes und des bdla Hamburg anerkennen und sich an diese halten.Außerordentliche Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder, sofern in der Satzung und den Ordnungen des bdla Bundesverbandes und des bdla Hamburg nichts anderes geregelt ist.

5. Als korrespondierende Mitglieder kann die Mitgliederversammlung des bdla Hamburg auf Antrag des Vorstandes solche Persönlichkeiten vorschlagen, die, ohne die Voraussetzungen für eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft zu erfüllen, die Zielsetzungen des bdla Hamburg aktiv unterstützen. Die Mitgliedschaft der korrespondierenden Mitglieder richtet sich nach den Bestimmungen der Satzung und Mitgliederordnung des bdla Bundesverbandes.
6. Der bdla Hamburg kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung solche Persönlichkeiten für die Ehrenmitgliedschaft vorschlagen, die sich um den bdla oder die Interessen seiner Mitglieder in besonderer Weise verdient gemacht haben. Sie stehen einem ordentlichen Mitglied gleich, sind jedoch von der Beitragspflicht befreit.
7. Der bdla Hamburg kann nach eigenem Ermessen Studenten und Absolventen der Fachrichtung Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla Bundesverband werden wollen, als Juniormitglieder aufnehmen. Näheres hierzu regelt die Mitgliederordnung des bdla Bundesverbandes.
8. Näheres über den Antrag auf Mitgliedschaft regelt die Aufnahmeordnung des bdla Bundesverbandes und des bdla Hamburg.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Rechte
 - 1.1 Jedes Mitglied des bdla Hamburg ist berechtigt,
 - a) Anträge an die Organe des bdla Hamburg über den Vorstand zu stellen,
 - b) die jeweiligen Einrichtungen und Dienstleistungen des bdla Hamburg in Anspruch zu nehmen,
 - c) die ihm zur Verfügung stehenden Einrichtungen anderer Verbände entsprechend den durch die Mitgliedschaft der Landesorganisation gegebenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.
 - 1.2 Für Mitglieder nach § 4 Abs. 2 a) gelten darüber hinaus die Rechte des bdla Bundesverbandes.
2. Pflichten
 - 2.1 Jedes Mitglied des bdla Hamburg ist verpflichtet,
 - a) Zweck und Aufgaben des bdla Bundesverbandes zu fördern und dem bdla Hamburg Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung der Ziele des bdla Hamburg notwendig sind.
 - b) die Berufsgrundsätze des bdla Hamburg und des bdla Bundesverbandes anzuerkennen und einzuhalten.
 - c) Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Näheres regelt die Beitragsordnung des bdla Bundesverbandes und des bdla Hamburg.
 - d) bei Streitigkeiten untereinander vor Einschaltung ordentlicher Gerichte oder der Kammergerichtsbarkeit sich mit dem Vorstand abzustimmen, der dann mit dem Justitiar des bdla Bundesverbandes eine Abstimmung vornehmen kann.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

1. durch Tod,
2. durch Austritt,
3. durch Ausschluss infolge eines mehr als einjährigen Rückstandes der Beitragszahlung oder aus einem anderen Grunde durch Beschluss des bdla Hamburg gemäß Aufnahmeordnung.

Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit das bisherige Mitglied nicht von seinen vor dem Ausscheiden entstandenen Verpflichtungen gegenüber dem bdla Hamburg und dem bdla Bundesverband. Sie gibt ihm keine Ansprüche an das Vermögen des bdla Hamburg oder des bdla Bundesverbandes. Hat ein Mitglied seinen Austritt bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres dem Vorstand des bdla Hamburg oder dem bdla Bundesverband erklärt, so endet die Verpflichtung zur Beitragszahlung mit dem Jahresende.

§ 7 Organe

1. Organe des bdla Hamburg sind:
 - a) der Vorstand,
bestehend aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister - wählbar sind hierfür nur ordentliche Mitglieder des bdla Hamburg - sowie bis zu vier Beisitzern.
Im Gesamtvorstand sollten vertreten sein:
 - ein Mitglied aus dem Bereich der Landschaftsplanung;
 - ein Mitglied aus dem Bereich der Objektplanung Freianlagen;
 - ein außerordentliches Mitglied;
 - ein angestelltes Mitglied;
 - ein Mitglied aus dem öffentlichen Dienst.Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister, mit der Maßgabe, dass jeder alleinvertretungsberechtigt ist. Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt drei Jahre.
 - b) Arbeitskreise,
sind besondere Arbeitsgremien, die nach den Regeln der Geschäftsordnung auf Antrag von der Mitgliederversammlung eingesetzt und bestimmt werden, die sowohl Statusgruppen oder Fachgebiete im Verband umfassen können.
 - c) die Mitgliederversammlung.
2. Die Mitglieder der Organe bleiben jeweils bis zur Neuwahl im Amt.
3. Sämtliche Mitglieder der Organe sind ehrenamtlich tätig. Ihre Reisekosten und baren Auslagen werden nach Beschluss des Vorstandes vergütet.
4. Der Vorsitzende und die Geschäftsstelle können auf Beschluss der Mitgliederversammlung eine Aufwandsentschädigung erhalten.

5. Sämtliche Mitglieder der Organe unterliegen hinsichtlich der Übernahme von Aufträgen im Rahmen ihrer Berufsausübung keinerlei Einschränkungen.
6. Über jede Sitzung der Organe sind Niederschriften anzufertigen und von einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 8 Aufgaben des Vorstandes

1. Leitung des bdla Hamburg im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Sollten diese nicht rechtzeitig herbeigeführt werden können, ist eine vorläufige Beschlussfassung möglich.
2. Berufung einer Geschäftsstelle im Rahmen der von der Mitgliederversammlung gebilligten Aufwandsentschädigung.
3. Überwachung der Arbeit der Geschäftsstelle und Vorbereitung des Haushaltsplanes.
4. Ausübung des Rügerechts gegenüber allen Mitgliedern des bdla Hamburg bei Verstoß gegen die Berufsgrundsätze.
5. Der Vorsitzende ist berechtigt, den bdla Hamburg allein gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Ist der Vorsitzende verhindert, tritt an seine Stelle der stellvertretende Vorsitzende, danach der Schatzmeister. Für die Verhinderung bedarf es keines Nachweises. Die vorstehenden Regelungen gelten nur im Innenverhältnis und lassen die Alleinvertretungsbefugnis im Rechtsverkehr nach § 7 Abs. 1 a) unberührt.
6. Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung.
7. Der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende nehmen die Belange des bdla Hamburg nach den Regeln der Geschäftsordnung im Beirat des bdla Bundesverbandes wahr. Seine Stimmenzahl richtet sich dabei nach der Anzahl der von ihm vertretenen Mitglieder des bdla Hamburg entsprechend der Satzung bdla Bundesverband.

Der Vorsitzende übernimmt die Darstellung und Vertretung des bdla Hamburg nach außen. Der Vorsitzende kann seinem Vertreter diese Aufgabe übertragen. Der Vorstand kann im Einzelfall durch vorherigen einvernehmlichen Beschluss von dieser Regelung abweichen.

8. Der Schatzmeister hat bei allen Entscheidungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung ein Vetorecht in Haushaltsfragen.
9. Weitere Aufgaben des Vorstandes sind
 - a. Vorschlag der Rechnungsprüfer,
 - b. Vorbereitung und Ausarbeitung von Anträgen für die Mitgliederversammlung,
 - c. Vorbereitung und Ausarbeitung von Anträgen für die Beiratsarbeit des bdla Bundesverbandes.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
 - 1.1 Wahl und Abberufung des Vorstandes;
 - 1.2 Wahl der Rechnungsprüfer;
 - 1.3 Besetzung der Arbeitskreise und Wahl der Fachsprecher;
 - 1.4 Beschlussfassung über
 - a) berufspolitische Grundsatzfragen,
 - b) Einrichtung der Arbeitskreise,
 - c) Kassenführung, Haushaltsplan und Beitragsgestaltung,
 - d) Aufwandsentschädigung des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle,
 - e) Satzungsänderung des bdla Hamburg,
 - f) Ordnungsregelungen, die aus der Satzung resultieren,
 - g) Entlastung des Vorstandes nach der Geschäftsordnung.
 - 1.5 Ernennung von Ehrenmitgliedern;
 - 1.6 Berufung von korrespondierenden Mitgliedern.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung soll zweimal jährlich, muss mindestens aber einmal jährlich stattfinden. Die Einladung mit vorläufiger Tagesordnung erfolgt durch den Vorsitzenden und soll 4 Wochen, muss spätestens aber 2 Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern zugestellt werden. Die Zustellung der Einladung erfolgt per EMail, sie muss aber bei Mitgliedern, die über keine EMail-Adresse verfügen, schriftlich per Brief erfolgen. Anträge ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder zur Tagesordnung sind mindestens 5 Wochen vor der Sitzung bei der Geschäftsstelle einzureichen.
3. In besonderen Fällen hat der Vorsitzende auf Antrag von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksichtnahme auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Tischvorlagen können nur nach § 9. Abs. 4 beschlossen werden. Ansonsten gilt die Geschäftsordnung.
4. Anträge, die nicht in der Tagesordnung angekündigt wurden (z.B. Tischvorlagen), können bei Mehrheit der anwesenden Mitglieder in der Mitgliederversammlung behandelt und vorläufig beschlossen werden. Erhebt der Vorstand oder die Mehrheit eines Arbeitskreises bis 1 Woche nach Erhalt des Protokolls Einspruch, gilt ein derartiger Antrag als vorläufig nicht beschlossen. Dieser Antrag gilt dann automatisch als ordentlicher Antrag und Tagesordnungspunkt der folgenden Sitzung und wird dort endgültig behandelt.
5. Anträge von Arbeitskreisen können von der Mitgliederversammlung mit Mehrheit verabschiedet werden, vorausgesetzt, dass dieses nicht gegen Mehrheiten anderer Arbeitskreise erfolgt.
6. Anträge von Arbeitskreisen, die vom Vorstand übernommen wurden, sind in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit beschlussfähig.

§ 10 Ordnungen

Der bdla Hamburg gibt sich eine Geschäftsordnung, eine Aufnahmeordnung sowie eine Beitragsordnung.

§ 11 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 12 Auflösung des bdla Hamburg

1. Die Auflösung des bdla Hamburg kann nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Dahingehende begründete Anträge müssen durch mindestens ein Drittel der stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder unterstützt und dem Vorstand zugeleitet werden. Dieser hat die Mitgliederversammlung einzuberufen.
Der bdla Hamburg wird aufgelöst, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden ordentlichen Mitglieder für die Auflösung stimmen. Es muss offen abgestimmt und das Ergebnis protokolliert werden.
2. Bei Auflösung des bdla Hamburg werden die noch unerledigten Angelegenheiten durch den Vorstand abgewickelt. Es kann ein Liquidator bestellt werden.
3. Das Vermögen geht an den bdla Bundesverband über.

Vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung des bdla Hamburg anlässlich der Gründungsversammlung vom 21.11.1986 beschlossen und am 25.02.1987 unter Reg.-Nr.: VR 11 225 beim Amtsgericht Hamburg eingetragen.

Die Satzung wurde durch Beschluss der Mitgliederversammlungen des bdla Hamburg vom 25.08.1987, 26.02.1992, 09.09.1992, 11.09.2003, 07.05.2012 und zuletzt vom 12.06.2023 geändert.

Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla

Beitragsordnung bdla Landesverband Hamburg e.V.

- gültig mit Wirkung zum 1. Januar 2026 -

§ 1 Festsetzung und Erhebung der Landesverbandsbeiträge

1. Die Mitglieder des bdla Landesverband Hamburg (bdla HH) sind verpflichtet, zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen an den bdla Bundesverband (Bundesverbandsbeiträge), Mitgliedsbeiträge an den bdla HH (Landesverbandsbeiträge) gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten. Zur Festsetzung und Erhebung der Beiträge für Juniormitglieder gelten die Regelungen gemäß § 3.
2. Die Landesverbandsbeiträge sind für die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder über einen festen Prozentsatz (siehe § 2 und Anlage 1 Beitragsübersicht) an die Bundesverbandsbeiträge gekoppelt.
3. Die Landesverbandsbeiträge für die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung des bdla HH mit einfacher Mehrheit festgesetzt. Durch die in § 1 Absatz 2. festgesetzte Koppelung wirken sich Änderungen der Bundesverbandsbeiträge auch ohne Änderung der Landesbeitragsordnung auf die Höhe der Landesverbandsbeiträge aus, es sei denn, die Mitgliederversammlung des bdla HH beschließt zugleich eine Änderung der in § 2 festgesetzten Prozentsätze.
4. Der bdla HH beauftragt den bdla Bundesverband, die Landesverbandsbeiträge zusätzlich zu den Bundesverbandsbeiträgen zu erheben und an den bdla HH abzuführen.

§ 2 Landesverbandsbeiträge (Prozentsätze bdla HH)

- 1.1 Selbstständige Mitglieder zahlen als Landesverbandsbeitrag jährlich **65 %** des Grundbeitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung zu entrichten haben.
- 1.2 Für Personengesellschaften und juristische Personen sowie für Beitragsermäßigungen von selbstständigen Mitgliedern und von selbstständigen Neumitgliedern gelten dieselben Regelungen wie in der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- 2.1 Angestellte und beamtete Mitglieder zahlen als Landesverbandsbeitrag jährlich **80 %** des Beitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung zu entrichten haben.
- 2.2 Für angestellte und beamtete Mitglieder, die zudem selbstständig tätig sind, gelten dieselben Regelungen wie in der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- 2.3 Für Beitragsermäßigungen von angestellten und beamteten Neumitgliedern sowie von angestellten und beamteten Mitgliedern, die in Teilzeit tätig sind oder die in Elternzeit sind oder die arbeitssuchend sind, gelten dieselben Regelungen wie in der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- 3.1 Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben, zahlen als Landesverbandsbeitrag jährlich **20 %** des Beitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung zu entrichten haben.
- 3.2 Bestandsschutz: Mitglieder, die am 1.1.2006 das 70. Lebensjahr vollendet haben, bleiben beitragsfrei.
4. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.
5. Sonderregelung: Der Vorstand des bdla HH kann in Härtefällen auf schriftlichen Antrag eines Mitglieds mit einfacher Mehrheit beschließen, auf den Landesverbandsbeitrag ganz oder teilweise zu verzichten. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. Der bdla HH teilt der Bundesgeschäftsstelle entsprechende Beschlüsse zur Landesbeitragsfreistellung bzw. zur Landesbeitragsermäßigung unverzüglich mit.

6. Sofern die Beitragsregelung gemäß § 2 Absätze 1.1 und 2.2 bei selbstständig tätigen Mitgliedern, die bdla-Partner in anderen Landesverbänden haben, Beitragsungerechtigkeiten zu Lasten des Mitglieds oder des Landesverbandes bewirkt, werden diese über eine gesonderte Beitragsrechnung ausgeglichen.
7. Hat ein selbstständiges Mitglied bei der Bemessung seines Bundesverbandsbeitrags sein Wahlrecht ausgeübt, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung seines eigenen Bundesverbandsbeitrags einzubeziehen (Ziffer 2.5 der Bundesbeitragsordnung), so sind diese technischen Mitarbeiter:innen auch vom Landesverbandsbeitrag freigestellt.

§ 3 Festsetzung und Erhebung der Beiträge für Juniormitglieder

1. Für Juniormitglieder wird ein pauschaler Jahresbeitrag erhoben.
 - 2.1 Der Jahresbeitrag für Juniormitglieder, die sich im Studium oder im Kalenderjahr ihres Studienabschlusses befinden, beträgt **25,00 €**.
 - 2.2 Der Jahresbeitrag für Juniormitglieder im 1. bis 3. Kalenderjahr nach Studienabschluss beträgt **75,00 €**.
3. Der Beitrag der Juniormitglieder wird vom bdla Bundesverband erhoben und an den Landesverband abgeführt.
4. Der Nachweis des Studierendenstatus bzw. des Studienabschlusses ist regelmäßig und unaufgefordert durch geeignete Dokumente gegenüber der Bundesgeschäftsstelle zu erbringen.
5. Hat sich die Arbeitgeberin / der Arbeitgeber eines angestellten Juniormitglieds gemäß § 2.5 der Bundesbeitragsordnung entschieden, die Mitarbeiterin / den Mitarbeiter in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen einzubeziehen, entfällt der Beitrag des Juniormitglieds für denselben Zeitraum.
6. Für den Beitragseinzug der Juniormitglieder gelten die einschlägigen Bestimmungen der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend. Diese gehen im Zweifelsfall den Regelungen des Landesverbandes vor.
7. Erfolgt im laufenden Kalenderjahr ein Wechsel des Mitgliedsstatus von Juniormitglied zum ordentlichen oder außerordentlichen Mitglied, wird für das laufende Kalenderjahr weiterhin der Beitragssatz für Juniormitglieder angewendet.

§ 4 Fälligkeit des Beitrags

1. Die Fälligkeit der Landesverbandsbeiträge nach § 2 und § 3 ergibt sich aus der Regelung der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung zur Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge an den bdla Bundesverband. Gleiches gilt für Beitragsrückstände.

§ 5 Inkrafttreten

Die Beitragsordnung des bdla HH in der Beschlussfassung vom 16. Oktober 2025 tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2026 in Kraft und bleibt bis zu einer Neufestsetzung verbindlich.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des bdla Landesverband Hamburg e.V. am 16.10.2025.

Anlage 1: Beitragsübersicht bdla Hamburg gültig ab 01. Januar 2026

Jahresbeitrag für selbstständige Mitglieder *	bdla Bund	%	bdla HH
Büroinhaber:innen, Gesellschafter:innen, Geschäftsführer:innen juristischer Personen	600,00 €	65%	390,00 €
Neumitglieder im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)	300,00 €	65%	195,00 €
weitere Büroinhaber:innen (Partner:innen), weitere Gesellschafter:innen oder weitere Geschäftsführer:innen, die Mitglied im bdla sind	300,00 €	65%	195,00 €
bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 € netto	300,00 €	65%	195,00 €

Jahresbeitrag für angestellte und beamtete Mitglieder *	bdla Bund	%	bdla HH
angestellte und beamtete Mitglieder (ohne oder mit selbstständiger Nebentätigkeit bei einem Jahresumsatz unter 30.000 € netto)	170,00 €	80%	136,00 €
Teilzeitbeschäftigte max. 20 Wochenarbeitsstunden, Arbeitssuchende und Elternzeit in Anspruch nehmende	85,00 €	80%	68,00 €
Neumitglieder im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00 €	80%	68,00 €
angestellte Mitglieder, die in die Zuschlagsberechnung der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers für technische Mitarbeiter:innen aufgenommen sind	beitragsfrei	--	beitragsfrei
angestellte und beamtete Mitglieder mit selbstständiger Nebentätigkeit bei einem Jahresumsatz von mind. 30.000 € netto zahlen Beiträge wie selbstständige Mitglieder			

Jahresbeitrag für Seniormitglieder *	bdla Bund	%	bdla HH
Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben (gültig ab dem ersten auf die Beendigung der Berufstätigkeit folgenden Kalendermonat)	85,00 €	20%	17,00 €
Mitglieder, die am 1.1.2006 das 70. Lebensjahr vollendet haben	beitragsfrei	--	beitragsfrei

Jahresbeitrag für Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder *	bdla Bund	%	bdla HH
Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder	beitragsfrei	--	beitragsfrei

Jahresbeitrag für Juniormitglieder **	bdla Bund	%	bdla HH
Studierende im Studium oder im Kalenderjahr des Studienabschlusses (Jahresbeitrag, keine monatsgenaue Beitragsberechnung)	--	--	25,00 €
Absolventinnen und Absolventen im 1. bis 3. Kalenderjahr nach Studienabschluss (Jahresbeitrag, keine monatsgenaue Beitragsberechnung)	--	--	75,00 €
angestellte Juniormitglieder, die in die Zuschlagsberechnung der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers für technische Mitarbeiter:innen aufgenommen sind	beitragsfrei	--	beitragsfrei

* Bezug:
Bundesbeitragsordnung in Verbindung mit § 2 Landesbeitragsordnung vom 01. Januar 2026

** Bezug:
Bundesbeitragsordnung in Verbindung mit § 3 Landesbeitragsordnung vom 01. Januar 2026

Aufnahmeordnung des "Bund Deutscher LandschaftsArchitekten Landesverband Hamburg e.V."

vom 21.11.1986, geändert am 22.09.2003

I. Aufnahmeverfahren

1. Wahlbund

Der BDLA-Hamburg ist ein Wahlbund aus qualifizierten Garten- und Landschaftsarchitekten/-architektinnen sowie Landschaftsplanern/ -planerinnen und Angehörigen anderer Fachdisziplinen, die ausschließlich im Bereich der Planung tätig sind. Nur unbescholtene natürliche Personen können die Mitgliedschaft erwerben. Eine Verpflichtung zur Aufnahme besteht nicht. Die Aufnahme von Garten- und Landschaftsarchitekten/-architektinnen sowie Landschaftsplanern/-planerinnen, die baugewerblich tätig sind, ist ausgeschlossen.

2. Berufsbezeichnung

- a) Antrag auf Aufnahme als ordentliches Mitglied können Personen stellen, die mit Ausnahme des § 2 (1) Architektengesetzes des Landes Hamburg berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Garten- und Landschaftsarchitekt" zu führen. Für die Aufnahme gelten die entsprechenden Bestimmungen der Aufnahmeordnung des BDLA-Bundes.
- b) Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied können alle Personen stellen, die
 - nicht zur Führung der Berufsbezeichnung „Garten- und Landschaftsarchitekt“ berechtigt sind, jedoch einen Abschluss als Diplom-Ingenieur einer Fachrichtung der Landschaftsplanung / Freiraumplanung vorweisen können oder
 - Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsplanung / Freiraumplanung tätig sind.

Die Berufsausbildung ist durch Vorlage des Abschlusszeugnisses nachzuweisen.

- c) Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Garten- und Landschaftsarchitekt" zu führen, müssen die ordentliche Mitgliedschaft beantragen.

3. Anträge

- a) Der Antrag auf Aufnahme ist über den Vorsitzenden des BDLA-Hamburg an den BDLA-Bund zu richten.
- b) Der Antrag auf Aufnahme als korrespondierendes Mitglied ist an den Vorsitzenden des BDLA-Hamburg zu richten.

Das vom BDLA-Hamburg bzw. BDLA-Bund ausgearbeitete Antragsformular kann von der Geschäftsstelle des Landesverbandes angefordert werden. Den Formularen ist die Satzung des BDLA-Hamburg und des BDLA-Bund und die Berufsgrundsätze des BDLA-Hamburg und des BDLA-Bund beizufügen.

4. Anerkennung der Berufsgrundsätze

Durch Unterzeichnung des Aufnahmeantrages erkennt der Antragsteller die Berufsgrundsätze des BDLA-Hamburg und des BDLA-Bundes an und verpflichtet sich, diese einzuhalten.

5. Bewerbungsunterlagen bei der Beantragung einer außerordentlichen Mitgliedschaft

Für Bewerbungen um die außerordentliche Mitgliedschaft muss nach Aufforderung durch den BDLA-Hamburg bzw. dessen Aufnahmeantrag durch weitere Unterlagen ergänzt werden. In der Regel kann diese Ergänzung folgende Unterlagen umfassen:

- Nachweis der bisherigen Tätigkeiten

6. Weitere Auskünfte

Der BDLA-Hamburg ist ermächtigt, falls erforderlich, ergänzende Auskünfte von Dritten einzuholen.

7. Bekanntgabe des Antrages

Der Vorsitzende des BDLA-Hamburg gibt den Antrag unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle des BDLA bekannt, damit die Landesorganisationen und das Präsidium des BDLA-Bundes über den Antrag unterrichtet werden können. Sind dem Präsidium oder den anderen Landesorganisationen Gründe bekannt, die der Aufnahme entgegenstehen, so sind diese innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Antrages dem Vorstand des BDLA-Hamburg mit Durchschrift an die Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen.

8. Aufnahmeantrag

Der Aufnahmeantrag des BDLA-Hamburg muss aus mindestens drei ordentlichen Mitgliedern bestehen, welche in der Regel dem Vorstand angehören. Er soll über den Aufnahmeantrag binnen drei Monaten seit Antragstellung entscheiden.

9. Entscheidung

Über den Antrag ist durch Abstimmung zu entscheiden: Es genügt einfache Stimmenmehrheit. Die Entscheidung lautet auf:

- a) Annahme,
- b) befristete Zurückstellung (bis zu 12 Monaten),
- c) unbefristete Zurückstellung,
- d) Ablehnung des Antrags.

Abstimmung und Stellungnahme des Aufnahmeantrages sind zu protokollieren. Der Beschluss ist dem Vorsitzenden des BDLA-Hamburg mitzuteilen.

Die Entscheidung des Aufnahmeantrages wird als Empfehlung an das Präsidium des BDLA weitergegeben. Dieses entscheidet über den Antrag unter Berücksichtigung der Empfehlung des Aufnahmeantrages. Die Entscheidung über den Aufnahmeantrag ist dem Antragsteller unverzüglich durch die Bundesgeschäftsstelle schriftlich mitzuteilen.

10. Rechtsmittel

- a) Gegen eine Ablehnung kann der Antragsteller beim Präsidium des BDLA-Bundes binnen vier Wochen Einspruch einlegen. Das Präsidium entscheidet über den Einspruch nach Anhörung des Antragstellers, des Vorsitzenden des BDLA-Hamburg und des Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses des BDLA-Hamburg auf der nächsten Präsidiumssitzung. Die Entscheidung des Präsidiums des BDLA-Bundes ist endgültig.
- b) Es bleibt den Antragstellern unbenommen, zu einem späteren Zeitpunkt erneut einen Aufnahmeantrag zu stellen, vorausgesetzt, dass nicht schwerwiegende Gründe in der Ablehnung des Antrages eine erneute Bewerbung unmöglich machen.

II. Hospitanten

Der BDLA-Hamburg kann Absolventen von Universitäten, Fach- und Gesamthochschulen der Fachrichtung Landespflege gestatten, sich zunächst dem Landesverband als Hospitanten ohne die Rechte und Pflichten eines Mitglieds anzuschließen. Die Hospitantenzeit ist auf höchstens drei Jahre nach Abschluss des Studiums beschränkt. Sobald der Hospitant die Berechtigung erworben hat, nach dem HmbArchG die Bezeichnung "Garten- und Landschaftsarchitekt" zu führen, muss die Aufnahme als ordentliches Mitglied beantragt werden. Bei Bewerbungen von Hospitanten um eine Mitgliedschaft gilt das Aufnahmeverfahren gem. Ziffer 2.

III. Ausschlussverfahren

- 1. Für das Ausschlussverfahren (§ 6 Ziff. 3 der Satzung) gelten die vorstehenden Bestimmungen des Aufnahmeverfahrens, insbesondere die Ziffern 6, 9 und 10 sinngemäss.
- 2. Über den Ausschluss entscheiden der Vorstand des BDLA-Hamburg und die Mitglieder des Aufnahmeausschusses des BDLA-Hamburg mit 2/3-Mehrheit.
- 3. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied des BDLA-Bundes innerhalb des BDLA-Hamburg auch jedes außerordentliche Mitglied des BDLA-Hamburg.
- 4. Die Entscheidung lautet auf
 - a) Ausschluss,
 - b) befristete Zurückstellung des Ausschlussantrages,
 - c) Ablehnung des Ausschlussantrages.
- 5. Die Entscheidung im Falle von Mitgliedern gem. Ziffer 2 ist dem BDLA-Präsidium über die Bundesgeschäftsstelle bekanntzugeben. Die Bundesgeschäftsstelle unterrichtet die übrigen Landesorganisationen.
- 6. Gegen die Entscheidung ist der Einspruch zulässig, Ziffer 1, 10 gilt entsprechend.

Beschlossen am 21.11.1986, geändert mit Beschluss vom 25.08.1987, vom 07.05.1997 und vom 22.09.2003

**Berufsgrundsätze
des "Bund Deutscher LandschaftsArchitekten Landesverband Ham-
burg e.V."**

vom 21.11.1986

Für Mitglieder im BDLA-Hamburg gelten entsprechend der Satzung folgende Berufsgrundsätze:

1. Der Beruf als Landschaftsarchitekt / Landschaftsarchitektin und Landschaftsplaner/Landschaftsplanerin erfordert umfassende ökologische, technische, planerische und wirtschaftliche Kenntnisse sowie gestalterische Fähigkeiten.
2. Das Mitglied des BDLA-Hamburg hat sich durch sein Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, seinen Auftraggebern, seinen Auftragnehmern, seinen Mitarbeitern und Kollegen der Achtung und des Vertrauens würdig zu zeigen, die sein Beruf genießen.
3. Das Mitglied des BDLA-Hamburg ist durch seinen Beruf Ratgeber und Treuhänder von Auftraggebern und Auftragnehmern. Er vertritt die Interessen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vor dem Auftraggeber und weiteren an der Planung Beteiligten. Auftretende Konflikte zwischen Allgemein- und Privatinteressen sind deutlich zu machen.
4. Die Mitglieder im BDLA-Hamburg setzen sich für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen im Beruf ein.
5. Die Mitglieder im BDLA-Hamburg nehmen nur an solchen Wettbewerben als Bewerber /Bewerberin oder Preisrichter /Preisrichterin teil, die in Übereinstimmung mit der gültigen Wettbewerbsordnung ausgeschrieben sind. Im Falle der Sperrung eines Wettbewerbes durch den Bundesverband BDLA oder eines seiner Landesverbände ist ihre Beteiligung nicht möglich.
6. Honorare für Mitglieder im BDLA-Hamburg sind zwingend nach der geltenden Gebührenordnung zu vereinbaren. Mitgliedern bekanntwerdende Honorarunterschreitungen sind dem Vorstand mitzuteilen.
7. Indirekte Werbung durch Veröffentlichung in den Medien, auf Ausstellungen und in Ausstellungskatalogen ist als gleichzeitige Werbung für die Arbeit des gesamten Berufes erwünscht.
8. Ein Mitglied im BDLA-Hamburg darf sich in angebaute oder bereits bestehende Vertragsverhältnisse nur auf ausdrücklichen Wunsch des Auftraggebers einschalten. Bei beruflichen Streitigkeiten unter Kollegen gelten die Bestimmungen der Ehrengerichtsordnung.
9. Dem Mitglied im BDLA-Hamburg ist untersagt, von Unternehmern oder Lieferanten Provisionen, Geldgeschenke oder andere Zuwendungen anzunehmen. Es ist verpflichtet, seine Mitarbeiter und Kollegen zu gleichem Verhalten gegenüber Unternehmern und Lieferanten anzuhalten.

Beschlossen am 21.11.86, geändert mit Beschluß vom 25.08.1987.